

BESCHLUSSPROTOKOLL

über die öffentliche Sitzung des Stadtteilbeirates Osterholz am

Montag, den 26.02.2018 um 18.30 Uhr

im der Aula der Albert-Einstein-Oberschule, Kolk 2, 28327 Bremen

Sitzungsbeginn: 18.30 Uhr Sitzungsende: 21.15 Uhr

TeilnehmerInnen:

Herr Barth	
Frau Contu	Protokollführung
Herr Dillmann	
Frau Fischer	
Frau Haase	
Herr Haase	Beiratssprecher
Herr Hohn	
Herr Kaul	
Herr Last	
Herr Massmann	
Frau Osterhorn	
Frau Pfeiffer	
Herr Dr. Restat	
Frau Sauer	
Herr Schlüter	Sitzungsleitung
Herr Sporleder	
Frau Uysun	
Herr Uysun	

Gäste:

Die Tagesordnung wurde wie folgt beschlossen:

1. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 22.01.2018 (ca. 5 Min)
2. Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger (ca. 10 Min)
3. Umsetzung des neuen Ordnungsdienstes auf Stadtteilebene? (ca. 20 Min)
Eingeladen: Herr Papencord, Ordnungsamt
4. a) Sachstand der Inklusion in den Osterholzer Schulen am Beispiel der (ca. 45 Min)
Albert- Einstein-Oberschule
b) Entwicklung der Umsetzung der Inklusion (nächstes Schuljahr)
eingeladen: Vertreter/innen der Senatorin für Kinder und Bildung

Schulleitung Albert- Einstein-Oberschule

5. Sachstand zum Beschluss der Beirates zur Schaffung einer neuen Grundschule in Osterholz südlich der Osterholzer Heerstraße (ca. 10 Min)
Eingeladen: Vertreter/ innen der Senatorin für Kinder und Bildung
Vertreter/ innen Senator für Umwelt, Bau und Verkehr- Stadtplanung-
6. Nachwahl eines sachkundigen Bürgers/ einer sachkundigen Bürgerin (ca. 5 Min)
in den Ausschuss für Kultur, frühkindliche und schulische Bildung
7. Vergabe der Beiratsglobalmittel 2018 (ca. 10 Min)
8. Anträge (ca. 10 Min)
9. Mitteilungen des Ortsamtes (ca. 5 Min)
10. Verschiedenes (ca. 5 Min)

Gäste:

Frau Pörtner, Albert- Einstein-Oberschule
Frau Herrmann, Senatorin für Kinder und Bildung
Herr Papencord, Ordnungsamt

Zu TOP 1: Genehmigung des Sitzungsprotokolles vom 22.01.2018

Das Protokoll wurde genehmigt und unterschrieben.

Die Tagesordnung wurde umgestellt. Der TOP 6 „Wahl eines neuen sachkundigen Bürgers“ wird vorgezogen.

Zu TOP 6: Nachwahl eines sachkundigen Bürgers/ einer sachkundigen Bürgerin für den Fachausschuss Kultur, frühkindliche und schulische Bildung

Herr Ralph Dräger (CDU) wird einstimmig als Nachfolger für Frau Melanie Branig gewählt. Er unterschreibt die Verpflichtungserklärung.

Zu TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

Aus dem Publikum kommt die Anmerkung, dass die Häuser im Bauprojekt am Ehlersdamm teilweise zu hoch seien und anderen Häusern das Licht nähmen. Außerdem sei die Straße beschädigt, ob dem Ortsamt bekannt sei, wann diese repariert würde und ob eine Sicherheitsleistung hinterlegt sei für den Fall, dass der Bauunternehmer vor der Reparatur in Insolvenz gehen könnte. Herr Schlüter (OAL) erklärt, dass die Reparatur erst nach dem Abschluss der Baumaßnahmen zu erwarten sei. Die Hinterlegung einer Sicherheitsleistung sei dem Ortsamt nicht bekannt. Die Anfrage wird an das ASV weitergeleitet.

Zu TOP 3: Umsetzung des neuen Ordnungsdienstes auf Stadtteilebene

Herr Papencord stellt das Projekt vor.

Derzeit werden Auswahlgespräche geführt. Insgesamt sollen 22 Mitarbeiter für den Außendienst eingestellt werden. Die Stellen waren ausgeschrieben für Personen mit Ausbildungen im Bereich Verwaltung, kaufmännische Berufe, RENO und Sicherheitskräfte. Ein gewisser theoretischer Unterbau war also Voraussetzung. Die erfolgreichen Kandidaten sollen möglichst bis Juni 2018 eingestellt werden, abhängig von vorherigen Kündigungs- oder Versetzungsfristen. Während der Sommerferien soll eine 13-wöchige Schulung zu öffentlich-rechtlichen Themen erfolgen. Es wird geplant, dass die Mitarbeiter zum Oktober regulär die Arbeit aufnehmen können. Bei vorherigen Einstellungen ist geplant, die Mitarbeiter im Rahmen von Hospitationen schon einmal im Echtbetrieb in anderen Dienststellen zu beschäftigen.

Die Hauptaufgaben sollen sein, eine gewisse Präsenz zu zeigen und „Unordnungserscheinungen aufzunehmen“. Der Ordnungsdienst ist für Themen zuständig, die noch unterhalb der Zuständigkeit der Polizei liegen. Eine Abgrenzung wird am besten mit der Unterscheidung zwischen Ordnungswidrigkeiten und Straftaten getroffen. Bei Straftaten ist uneingeschränkt die Polizei zuständig. Der Ordnungsdienst darf Ordnungswidrigkeiten nach OWiG aufnehmen. Es ist eine intensive Zusammenarbeit mit den Kontaktpolizisten geplant.

Der Ansatz wird stadtteilbezogen unterschiedlich sein. In Osterholz ist als Problem bereits der ruhende Verkehr z.B. in der Nähe des KBO, bekannt. Insgesamt soll die gegenseitige Achtsamkeit und das subjektive Sicherheitsgefühl in Gesprächen gestärkt werden.

Frau Sauer (CDU) erkundigt sich nach den Kompetenzen des Ordnungsdienstes. Der Ordnungsdienst darf gebührenpflichtige Verwarnungen aussprechen und ein Ordnungswidrigkeitenverfahren nach dem OWiG einleiten.

Herr Dillmann (Grüne) fragt, ob der Ordnungsdienst auch an Wochenenden tätig sein wird, insbesondere, wenn an diesen Tagen bekannte Problemlagen auftreten könnten, zum Beispiel bei Märkten. Der Ordnungsdienst wird auch an den Samstagen im Dienst sein, an den Sonntagen ist bisher keine Tätigkeit geplant. Da bei mehreren Schichten mehr Personal erforderlich wäre, ist ein Ein-Schicht-Modell beabsichtigt. Die Schichten werden allerdings nicht ausschließlich zwischen 8 und 16 Uhr, sondern anlassbezogen eingeteilt. Hier müssen zunächst Erfahrungen gesammelt werden, zu welchen Zeiten ein Einsatz sinnvoll sein wird.

Herr Haase (SPD) fragt nach der Gestaltung der Termine in den einzelnen Stadtteilen. Wird es nur zu einzelnen Tagen kommen, oder ist daran gedacht, Schwerpunkteinsätze durchzuführen? Hier gibt es noch keine endgültige Entscheidung. Die Aufteilung wird anlassbezogen erfolgen. Es muss auf spezielle Problemlagen Rücksicht genommen werden. Insgesamt soll die Arbeit auf Nachhaltigkeit angelegt werden und in enger Kooperation mit der Polizei erfolgen. Es wird auch Absprachen mit der Polizei geben, zB in der Form, dass die eingeteilten Mitarbeiter sich dort zu Beginn der Schicht eventuell über aktuelle Ereignisse informieren. Die Mitarbeiter werden nicht immer in Osterholz sein, es soll jedoch feste Zuweisungen geben sowie einige „Springer“, die dann anlassbezogen eingesetzt werden.

Der Dienstsitz wird voraussichtlich in der Obernstraße sein. Dort ist die Logistik am besten. Pausen könnten auch bei der Polizei verbracht werden. Über Außenstellen zB in der Stresemannstraße oder in den Stadtteilen wird nachgedacht. Das Ortsamt und die Quartiersmanager bieten an, dass auch dort die Mitarbeiter kurze Pausen machen könnten. Am 02.03.2018 wird eine Besprechung der Ortsamtsleiter stattfinden, in der auch die anderen Ortsamtsleiter darauf angesprochen werden sollen.

Herr Restat (Die Linke) fragt nach den Kompetenzen des Ordnungsdienstes im Hinblick auf Drogen und Alkohol. Bei Sachverhalten mit Drogen wird uneingeschränkt die Polizei zuständig sein. In Situationen mit Alkohol wird situationsbedingt entschieden. Der Ordnungsdienst wird auch nach dem Polizeirecht handeln dürfen, also zum Beispiel die Personalien feststellen.

Aus dem Publikum kommt die Frage nach einem Bürgertelefon. Dieses wird organisiert.

Aus dem Publikum kommt die Frage, wie die Bürger entscheiden sollen, ob sie sich an den Ordnungsdienst oder die Polizei wenden sollen. Herr Lankenau (Polizei OHZ) erklärt, dass die Situation besprochen wird. Der Ordnungsdienst könnte die Schichten an der Wache beginnen, um aktuelle Fragen zu besprechen. Gegebenenfalls werden auch Weiterleitungen von Anliegen erfolgen.

Frau Sauer (CDU) fragt nach der Geschlechter- Parität. Derzeit liegen Bewerbungen ungefähr zur Hälfte von Männern und Frauen ab. Auch bei den Einstellungen zeichnet sich ein gleiches Verhältnis ab.

Aus dem Publikum (Weser-Kurier) kommt die Frage, ob die Auswahlkriterien denen bei der Polizei vergleichbar seien. Hierzu erklärt Herr Papencord, dass er nichts sagen kann, da er die dortigen Kriterien nicht kennt. Insgesamt werde Wert auf eine theoretische Basis und Soft Skills gelegt.

Zu TOP 4 a) Sachstand der Inklusion in den Osterholzer Schulen am Beispiel der Albert-Einstein-Oberschule und 4 b) Entwicklung der Umsetzung der Inklusion (nächstes Schuljahr)

Frau Pörtner (Schulleitung Albert-Einstein-Schule) erläutert mit einer Power-Point-Präsentation den aktuellen Sachstand.

Eine Inklusionsklasse umfasst 17 Regelschulkinder und fünf Kinder mit Förderbedarf. Derzeit würde in vier Klassenzügen inklusiv unterrichtet. Zum nächsten Schuljahr soll fünfzünftig inklusiv unterrichtet werden. Pro Inklusionskind wird mit drei Stunden Förderunterricht gerechnet, so dass sich für eine Klasse mit fünf Kindern 15 Stunden Förderunterricht bei 34 Wochenstunden Unterricht ergeben. An der Albert-Einstein-Schule fehlen derzeit ca. 50% der erforderlichen Förderlehrer und –Stunden. Die Stelle der ZuP-Leitung ist bereits seit Oktober 2016 nicht besetzt. Seit 1,5 Jahren wurden keine Sonderpädagogen eingestellt. Frau Pörtner erklärt, dass sie einmal wöchentlich die Stellenbörse für Referendare und Lehrer durchsehe, bisher seien jedoch noch keine geeigneten Kandidaten dabei gewesen.

Frau Herrmann (Senatorin für Kinder und Bildung) erklärt, dass das Problem im Wesentlichen der bundesweite Fachkräftemangel sei. In Bremen sei ein Weiterbildungsstudium gestartet (M.A. Inklusive Pädagogik). Allerdings sei mit den Absolventen erst in zwei Jahren zu rechnen. Bis dahin seien die nächsten zwei Jahre jedoch personell sehr eng. Stellen würden immer bundesweit ausgeschrieben werden. Aus Sicht der Behörde werden alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Herr Schlüter (OAL) fragt nach der Möglichkeit, pensionierte Lehrer wieder in den Dienst zu holen oder Sonderpädagogen von anderen Schulen zu versetzen. Dieses ist nach dem BremPVG nur freiwillig möglich. Ehemalige Schulleiter würden schon zur Beratung eingesetzt. Diese temporären Lösungen würden jedoch nur Löcher stopfen und nicht die in diesem Bereich wichtige Verlässlichkeit garantieren.

Herr Dillmann (Grüne) fragt, was das Ressort dafür anbiete, dass Absolventen in Bremen bleiben? Gibt es Pläne für eine Zwischenlösung? Es wurden bereits 50 zusätzliche Referendarsstellen geschaffen. 15 Schulen werden mit Entlastungsstunden versorgt. Programme seien derzeit in Arbeit. Die Sonderpädagogen müssten gemeinsam planen und den Schwerpunkt eventuell nicht so sehr auf den eigenen Unterricht, sondern mehr auf die Planung und Beratung der anderen Lehrer legen. Andere Alternativen gäbe es derzeit nicht.

Herr Dillmann (Grüne) fragt, ob die Stunden, die zur Verfügung stünden, nicht mit Regelkräften besetzt werden könnten, um den Unterricht durchzuführen. Hiervon wird grundsätzlich abgeraten. Es sei zwar möglich, allerdings seien dann die Stellen besetzt, wenn es passende Sonderpädagogen gäbe.

Herr Restat (Die Linke) fragt nach der Möglichkeit eines Springer-Pools mit flexiblen Lehrern. Dieses sei schon nach dem BremPVG nicht möglich. Freiwillig würde sich kein Lehrer darauf einlassen. Die Fachkräfte könnten sich Stellen an den Wunschschulen aussuchen. Die Stadtteilschule sei eventuell eine Lösung, verfüge derzeit aber auch nicht über passende Fachkräfte.

Herr Dräger (FA Bildung) fragt, wie die Situation den Schülern erklärt werden solle. Frau Herrmann (Senatorin für Kinder und Bildung) erklärt, dass sie nur zu konzeptionellen Fragen Auskunft geben könnte. Für Personal- und Politikfragen gäbe es spezialisierte Kollegen. Sie könnte hierzu keine Auskünfte geben.

Herr Tasan (QM Schweizer Viertel) fragt nach dem Grund der Nichtbesetzung der ZuP-Leitung und nach den Aufgaben dieser Position. Die ZuP-Leitung der Albert-Einstein-Schule hat sich 2016 erfolgreich auf eine andere Stelle beworben. Die Position sei geschaffen worden, um in der Schulleitung alle Fragen zur Förderung zu planen, zu konzipieren und zu organisieren.

Aus dem Publikum (Frau Riedel, Lehrerin AEO, 7 Klasse) wird von einem Beispiel berichtet, in dem vor zwei Jahren ein Antrag auf Förderung gestellt wurde. Bis heute sei keine Förderung bewilligt worden. Es müsse jedoch bereits ein neuer Antrag gestellt werden, da eine Bewilligung immer nur für zwei Jahre erfolgen könne.

Aus dem Publikum (TAZ/ Zeitschrift der Straße) kommt die Frage, warum die Erweiterung auf fünf Züge nicht ausgesetzt werde, bis die Fachkräfte ausgebildet seien.

Aus dem Publikum (Weser Kurier) kommt die Frage, was man Sonderpädagogen empfehlen würde und wie man es den Schülern erklären sollte.

Herr Schlüter (OAL) erinnert an die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers den Lehrern gegenüber und schlägt vor, Lehrer aus dem REBUZ insbesondere aus Schwachhausen nach Osterholz zu versetzen.

Frau Herrmann (Senatorin für Kinder und Bildung) erklärt, dass das Antragsverfahren auf eine Assistenz sich nach dem SGB richte und sehr formalisiert sei. Das sei nicht zu ändern. Früher hätten die Eltern diese Anträge selbst stellen müssen. Jetzt könnten sie den Antrag in der Schule stellen, die ihn dann wiederum bei der Behörde stellt. Sie weist erneut auf den Fachkräftemangel und das BremPVG hin. Frau Herrmann bietet an, in einzelnen Fällen auch selbst die Schule zu unterstützen, da sie gelernte Sonderpädagogin ist. Fachfragen, die zu sehr in die Tiefe gingen, könne sie an dieser Stelle nicht beantworten, da dadurch der Rahmen der Veranstaltung gesprengt würde.

Aus dem Publikum (Sonderpädagogin Hort) kommt die Frage, inwiefern man den Eltern noch Schulen in Osterholz empfehlen könnte. Das kann man.

Herr Kunold (QM Blockdiek) weist darauf hin, dass das Problem auch in zwei Jahren wohl nicht gelöst sei. Wenn die neuen Fachkräfte fertig ausgebildet sind, gehen andere Lehrer in Rente.

Herr Dillmann (Grüne) fragt, wie Bremen Abgänger halten wolle und welche Bedeutung es für die Inklusionsklassen habe, wenn sich nichts ändern würde. Frau Herrmann erklärt, dass bereits Gespräche geführt würden und schlägt vor, das Thema mit dem Schwerpunkt auf politischen und Personalfragen noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen und in einer späteren Sitzung erneut zu besprechen.

Aus dem Publikum kommt der Hinweis, dass man Anreize schaffen müsste, damit neue Lehrer in Bremen bleiben. Es gibt bereits zwei Quereinsteiger-Programme.

Herr Massmann (SPD) erklärt, dass es fatal sei, dass die ZuP-Stelle nicht besetzt sei und fragt inwiefern der Ersatz durch andere Lehrer möglich sei. Frau Pörtner (AEO) erklärt, dass ein Kontingent für Sonderpädagogen frei gehalten werden müsste, das würde sie tun. Sie könne nicht abschätzen, wie lange es funktionieren würde.

Aus dem Publikum (Sonderpädagogin) kommt der Hinweis, dass die Stadtteilschulen für die Arbeit als Sonderpädagogen nicht ausgebildet und daher überfordert sein. Ein Einsatz in diesem Rahmen sei nicht gut für die Kinder und zudem demotivierend für die angehenden Lehrer. Am besten sei ein Sonderpädagogin pro Klasse.

Pause (10 Minuten)

TOP 5: Sachstand zum Beschluss der Beirates zur Schaffung einer neuen Grundschule in Osterholz südlich der Osterholzer Heerstraße

Am 10.03.2018 wird eine nichtöffentliche Beiratskonferenz stattfinden. Vom Stadtplanungsamt sei noch keine Antwort gekommen. Man werde daher nach der Konferenz wieder auf das Thema eingehen.

TOP 7: Vergabe der Beiratsglobalmittel 2018

Herr Haase (SPD) erläutert die Summen.

Zur Verfügung standen 70.254,00€

Anträge gestellt in Höhe von 99.492,09€

Anträge bewilligt in Höhe von 64.329,65€

Restbetrag für die Herbstrunde 5.924,35€

Es wird darauf hingewiesen, dass die aktuelle Liste um die Nr. 80 (Antrag des Schimmelhofes auf einen Zuschuss zum Osterfeuer) ergänzt wurde. Dieser Antrag soll im Anschluss besprochen werden.

Der Antrag Nr. 63 (Schulmuseum) wird ohne Herrn Massmann (SPD) abgestimmt.
Der Antrag Nr. 75 (Schwimmmaterial) wird ohne Herrn Dillmann (Grüne) abgestimmt.
Der Antrag Nr. 76 (Kulturaula) wird ohne Herrn Haase (SPD) abgestimmt.
Diese Anträge werden einstimmig angenommen.

Die weiteren Anträge Nr. 1 bis 79 werden jeweils einstimmig angenommen.

Der Antrag Nr. 80 (Schimmelhof) wird besprochen. Zunächst wird ein Zuschuss von 200,00€ vorgeschlagen. Aufgrund der vielen ehrenamtlichen Arbeit und weil das Osterfeuer eine Tradition ist, werden im Ergebnis 500,00€ einstimmig bewilligt. Der Antragsteller soll noch einmal darauf hingewiesen werden, dass die Frist eigentlich bereits abgelaufen war.

TOP 8 Anträge

- Antrag der SPD wegen der Krähenpopulation
Es wurde zeitgleich ein nahezu gleichlautender Antrag durch die CDU gestellt. Dieser wird zurückgenommen, da der Antrag der SPD etwas passgenauer formuliert ist. Der Antrag wird besprochen. Der letzte Passus zur Änderung des Bundesjagdgesetzes wird gestrichen. Diese Änderung ist nicht stadtteilbezogen. Im Ergebnis wird der Antrag einstimmig beschlossen.
- Anfrage der Grünen wegen der Kita-Plätze
Herr Dillmann (Grüne) liest den Antrag vor. Da der Antrag zuvor nicht an alle Beiratsmitglieder verschickt wurde, soll dieses nachgeholt werden und an das Ortsamt geschickt werden. Von dort soll er an die Beiratsmitglieder gesendet werden. Herr Restat (Die Linke) und Herr Kaul (Grüne) fügen Ergänzungen hinzu. Es wird heute kein Beschluss gefasst.
- Antrag der CDU wegen der Öffnung der Engadiner Straße
Herr Sporleder (CDU) liest den Antrag vor. Der Antrag wird diskutiert. Herr Dillmann (Grüne) und Herr Massmann (SPD) erklären, dass sie in dieser Form gegen den Antrag seien. Der Antrag solle zunächst im FA Bau besprochen und dann die Öffnung bis Ende November beschlossen werden. Die CDU hält den Antrag aufrecht. Es wird abgestimmt. An der Abstimmung nehmen 16 Beiratsmitglieder teil (Herr Barth ist gegangen, Frau Böling war nicht da).
Ja: 5x
Nein: 10 x
Enthaltungen: 1x

TOP 9: Mitteilungen des Ortsamtes

Es wird darauf hingewiesen, dass die Anmeldungen für die Fahrt nach Berlin in dieser Woche durchgeführt werden müssen. Alle, die mitfahren möchten, sollen bitte in dieser Woche ihre Daten dem Ortsamt mitteilen. Wer seine Daten nicht mitteilt, kann nicht mitfahren.

Es wird besprochen, warum der Jugendbeirat nicht angesprochen wurde. Der Jugendbeirat besteht zur Zeit nur aus sehr wenigen Mitgliedern, die entweder in den nächsten Wochen Abiturprüfungen bzw. Universitätsprüfungen schreiben oder noch minderjährig sind, so dass dann noch ein Betreuer mitfahren müsste. Im Hinblick auf die vermutlich sehr unterschiedlichen Interessen des Jugendbeirates und der anderen Beiratsmitglieder wurde daher darauf verzichtet,

den Jugendbeirat in die Fahrt einzubinden. Auch, wenn die Beiräte sich besser kennenlernen sollen, empfiehlt sich vielleicht für den Beginn eine eintägige Unternehmung.

TOP 10: Verschiedenes

Die nächste Sitzung findet am **12.03.2018** statt. Der Koordinierungsausschuss tagt am 01.03.2018 und wird die Themen festlegen. Eventuell wird die Sitzung kurzfristig verschoben bzw. fällt aus, wenn kein Bedarf gesehen wird.

Herr Schlüter schließt die Sitzung um 21.15 Uhr.

Bremen, den 26.02.2018

gez. Ulrich Schlüter
Contu
(Sitzungsleitung)

gez. Wolfgang Haase
(Beiratssprecher)

gez. Christina
(Protokollführung)